

ARBEITSAUFGABEN

A₄

Gruppenarbeit

Chancen und Risiken verschiedener Wahlsysteme

Im nächsten Abschnitt untersuchen die SchülerInnen Möglichkeiten, das Wahlsystem zu modifizieren (diese Aufgabe setzt natürlich Wissen über das bestehende Wahlsystem voraus. Siehe dazu Artikel Barbara Steininger idB und Heft „Von Wahl zu Wahl“. Informationen zur Politischen Bildung 21. Wien–Innsbruck–Bozen 2004). Derzeit aktuell: E-Voting. Auf der Grundlage von M₃, M₄ und M₅ werden Chancen und Risiken thematisiert und als Plus-Minus-Liste an der Tafel festgehalten. Mit einer Abstimmung am Schluss kann man ein Meinungsbild erheben.

M₃

E-Voting

Große Hoffnungen wurden mancherorts auch auf das „E-Voting“, also auf die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe, gesetzt. Die bisherigen – natürlich nur punktuellen – Erfahrungen mit dem E-Voting verliefen allerdings eher ernüchternd. So z.B. sind, wie aus einem Bericht der Electoral Reform Society hervorgeht, die bei den englischen Lokalwahlen 2003 durchgeführten E-Voting-Trials nicht erfolgreich verlaufen. Als E-Voting-Methoden wurden Stimmabgaben per Internet, per Telefon, Rückkanal-TV und per SMS erprobt. Insgesamt beteiligten sich 59 Gemeinden mit immerhin 6,5 Mio. Einwohnern an dem Experiment, darunter 32 Gemeinden mit Briefwahl und 17 mit E-Voting als Zusatzangebot zur herkömmlichen Stimmabgabe. Nur in einer der E-Voting-Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung, in Summe ergab sich jedoch ein leichter Rückgang um 1,5 Prozent, während sie in den ausschließlich herkömmlich abstimmenden Gemeinden zumindest gleich (niedrig) blieb. Nüchternes Fazit: E-Voting erhöht den Komfort, nicht aber die Zahl derer, die es der Mühe wert finden, zu wählen. Der Versuch der Regierung, durch elektronische Stimmabgaben von zu Hause die Wahlbeteiligung zu erhöhen, ist damit vorerst gescheitert. Eine Zunahme konnte hingegen in den Briefwahlgemeinden registriert werden. Dort erreichte die Wahlbeteiligung rund 50 Prozent, gemessen an kontinentaleuropäischen Standards immer noch keine besonders hohe Teilnahme, aber eine deutliche Zunahme.

Quelle: Bauer, Werner: Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, S. 15

M₄

Weltpremiere: Estland wählt per Internet

Estland ermöglicht als erstes Land der Welt, dass Staatsbürger in einer nationalen Parlamentswahl auch online abstimmen dürfen. Während die Wahl mittels klassischer Stimmabgabe erst am 4. März stattfindet, sind die Esten bereits von 26. bis 28. Februar eingeladen, ihre Stimme per Internet abzugeben. Durchgeführt wird das elektronische Voting mittels Bürger-ID-Karte sowie einem Kartenlesegerät, das an den eigenen Computer angeschlossen werden muss. Zusätzlich abgesichert wird das System über eine zweifache Passwort-Eingabe.

/.../ Es wird geschätzt, dass rund 20.000 bis 40.000 der knapp 940.000 Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machen werden, online zur Wahlurne zu surfen. „Man muss sich im Klaren sein, dass E-Voting derzeit noch ein Randgruppen-Programm ist, das für gewisse Bevölkerungsgruppen jedoch von großem Wert ist“, meint Krimmer. So könne E-Voting die Stimmabgabe für mobile Staatsbürger, die sich im Ausland befinden, oder aber auch für Menschen mit Behinderungen entscheidend erleichtern, ist Krimmer überzeugt.

Quelle: Die Presse, 26. Februar 2007 unter:

<http://www.diepresse.com:80/home/techscience/internet/113383/index.do>, Zugriff 20.06.2007, vom Autor gekürzt.

ARBEITSAUFGABEN

M₅

E-Voting: Erhöhung der Wahlbeteiligung per Mausclick?

Infolge der sinkenden Wahlbeteiligung – Stimmenanteile von WahlsiegerInnen sind manchmal geringer als der NichtwählerInnenanteil – sind Internetwahlen (*e-voting*) eine Maßnahme, um formal höhere Wahlbeteiligungsquoten zu erreichen. Das Argument, der bequeme Wahlvorgang im Internet würde eine höhere Beteiligung bewirken, ist nicht eindeutig belegbar, gilt jedoch als wahrscheinlich.

Mit voller Rechtsgültigkeit wurden Internetwahlen auf Parlamentsebene bislang 2005 in Estland durchgeführt. Dort betrug die Beteiligung insgesamt nur 47 Prozent. Lediglich zwei Prozent haben online gewählt. Darunter befanden sich viele BürgerInnen, welche auch sonst im Wahllokal mit traditionellen Stimmzetteln abgestimmt hätten. Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung dürfen demnach auch in Österreich, wo *e-voting* politisch angekündigt wurde und entsprechende Planungen laufen, nicht überschätzt werden.

Auf keinen Fall gilt die Hoffnung auf eine erhöhte Wahlbeteiligung für Personengruppen ohne Internetzugang oder mit unzureichender Nutzungskompetenz. Aufgrund des starken Anteils von InternetnutzerInnen bis 30 Jahre könnte sich jedoch die Zusammensetzung der Wählerschaft verjüngen und zugleich könnten für junge Menschen interessante Themen stärker in den politischen Diskurs eingebracht werden. Umgekehrt fühlen sich womöglich ältere Generationen benachteiligt.

Relativ unbestritten sind Effizienzsteigerung und Kostenersparnis langfristige Vorteile von *e-voting*, weil Wahlergebnisse schneller und billiger zu ermitteln sind. Lediglich in einer Übergangsphase ist zusätzliches Wahlpersonal erforderlich, das Hilfestellung leistet, um BürgerInnen das neue System zu erklären und Angstbarrieren abzubauen.

Gelingt der Abbau von Hemmschwellen, so haben BürgerInnen – vor allem für komplizierte Fragestellungen in Volksabstimmungen/-befragungen – mehr Zeit für ihre Entscheidung, da der psychologische Druck entfällt, subjektiv zu lange in der Wahlzelle zu verweilen. „Wahlfehler“, d.h. ein ungewollt falsches Ausfüllen des Stimmzettels, würden so geringer.

Zu klären ist die Frage der technischen Sicherheit. Einerseits sind durch Irrtum und/oder Manipulation entstandene Probleme mittels Einführung der digitalen Signatur und von Kryptographie-Verfahren lösbar, andererseits muss das Ergebnis auch nachträglich überprüfbar sein. Für WählerInnen sind zudem technische Diskussionen über die Gefahr der Manipulation usw. oft nicht nachvollziehbar. Die Wahlbeteiligung kann sich daher erhöhen, während die Transparenz des Wahlprozesses als wichtigeres Merkmal der Demokratiequalität leidet.

VerfassungsrechtlerInnen verweisen schließlich auf das Problem, dass das Prinzip der unbeeinflussten und geheimen Stimmabgabe verletzt werden könnte. Unbestritten ist, dass die Einführung von *e-voting* und Lösungsansätze für auftretende Mängel sich nicht ohne parallele Programme der politischen Bildungsarbeit auf den technischen Bereich beschränken dürfen. Für die Politische Bildung bedeutet *e-voting* insofern eine Chance, als in Begleitmaßnahmen über das Internet neue (jüngere) Zielgruppen erschlossen bzw. besser angesprochen werden können.

Quelle: Filzmaier, Peter: E-Voting: Erhöhung der Wahlbeteiligung per Mausclick?, in: Der WählerInnenwille, herausgegeben vom Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Bd. 27, Innsbruck-Bozen-Wien 2007, S. 51.